

Ein Sonderdruck aus

DEUTSCHLAND

Porträt einer Nation

Band 1

Geschichte

Band 2

Gesellschaft – Staat – Recht

Band 3

Wirtschaft

Band 4

Kunst und Kultur

Band 5

Bildung – Wissenschaft – Technik

Band 6

Schleswig-Holstein – Hamburg
Niedersachsen – Bremen

Band 7

Nordrhein-Westfalen
Hessen – Rheinland-Pfalz

Band 8

Bayern – Baden-Württemberg – Saarland

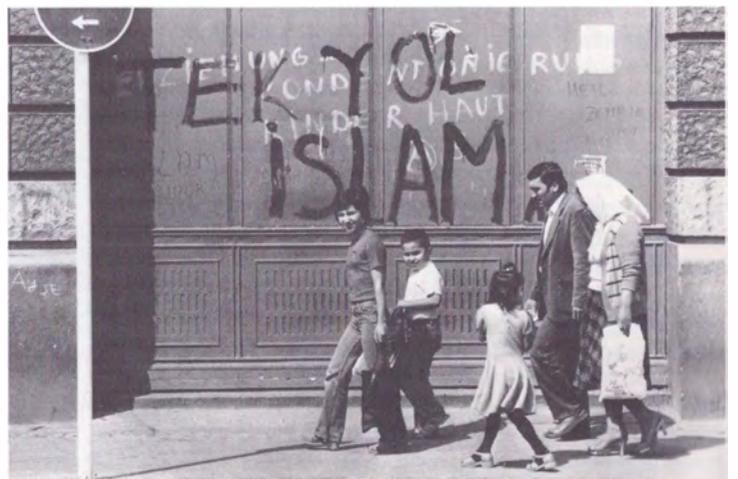
Band 9

Gesamt-Berlin – DDR

Band 10

Deutschland, Europa und die Welt

BERTELSMANN
LEXIKOTHEK VERLAG



Türken in der Bundesrepublik

Jahrhundertlang waren von Europa Auswanderer in andere Kontinente gezogen. Europa war der Auswanderer-Kontinent schlechthin. Dies hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg grundlegend geändert. Durch die Gründung der EG erhielt die Freizügigkeit von Arbeitskräften in Westeuropa eine legale Basis. Nordeuropa wurde dadurch zum Magneten für Einwanderer aus weniger entwickelten Regionen des Kontinents, vor allem aus Südtalien. Da der Bedarf an Arbeitskräften in den hochindustrialisierten Ländern weiter stieg, erfasste die Wanderungsbewegung bald den gesamten Mittelmeerraum. Die Rolle des Hinterlandes übernahmen nach Italien zunächst Spanien und Portugal und schließlich die Türkei und Jugoslawien. Dies erklärt die außerordentlich rasche Ausbreitung der türkischen Wanderungsbewegung nach Europa, vorwiegend in die Bundesrepublik Deutschland.

Heute ist Auswanderung eine Alternative für jeden arbeitslosen oder aufstiegs-willigen Türken geworden. Obwohl zur Zeit 2,4 Millionen Türken in fünf Kontinenten einen Arbeitsplatz gefunden haben, konzentriert sich die Diskussion über die Auswanderung nach wie vor auf die Wechselbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Türkei, da 72 Prozent der Auslandstürken in Deutschland leben. Ein kurzer Blick auf diese demographische Entwicklung erlaubt uns, eine Bilanz zu ziehen: Während 1960 lediglich 2700 Türken in der Bundesrepublik arbeiteten, stieg ihre Zahl bereits 1963 auf über 22 000 und erreichte 1973 die Rekordhöhe von rd. 616 000. 1984 bestand die türkische Wohnbevölkerung in der Bundesrepublik aus rd. 1,55 Millionen; davon waren rd. 542 000 Erwerbstätige und 628 000 Jugendliche unter 18 Jahren. Auch der Eintritt der türkischen Frauen in die Arbeitswelt weist auf eine unerwartete Entwicklung hin: Während 1960 lediglich 173 türkische Frauen in der Bundesrepublik erwerbstätig waren, stieg ihre Zahl zwanzig Jahre später auf 159 000! Diese Zahl entspricht fast der Gesamtzahl aller Industriearbeiterinnen in der Türkei.

»Gastarbeiter« im Kaiserreich, 1890er Jahre: türkische Lehrlinge.

Namentliche Anwerbung 1956 bis 1961

Diese erste Phase ist vor allem durch die Bemühungen der deutschen Wirtschaft um türkische Arbeitskräfte geprägt. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft versuchte auf Antrag deutscher Werftinhaber das türkische Außenministerium dazu zu bewegen, türkische Praktikanten in die Bundesrepublik zu vermitteln. Die Leitidee war, eine befristete technische Ausbildung in Form eines Praktikums würde sich auf die beginnende türkische Industrialisierung positiv auswirken und zugleich den deutschen Werften Arbeitskräfte zur Verfügung stellen. Das Motto dieser Periode ist am treffendsten im Grundgedanken der Handwerkskammer von Hamburg ausgedrückt: »Mittelstand hilft dem Mittelstand!« Der Vorschlag wurde vor allem durch die Mithilfe von deutschen Ehefrauen türkischer Geschäftsleute verwirklicht. Damit bürgerte sich die Praxis der namentlichen Anwerbung ein, die zugleich zur Gründung von privaten Vermittlungs- und Dolmetscherbüros führte.

Die erste Gruppe von Praktikanten traf bereits 1957 in Kiel ein; im selben Jahr ließen sich weitere 200 qualifizierte Türken mit ihren Familien nach Bremen einladen.

Doch keiner kehrte nach Ablauf des Praktikums in die Heimat zurück. Die Idee, mit Hilfe eines auf Rotation beruhenden Technik-Praktikums die Industrialisierung der Türkei zu unterstützen und den Arbeitskräftemangel in der Bundesrepublik etwas zu beheben, erwies sich damit als Illusion.

Unkontrollierte Einwanderung 1961 bis 1972

Mit der Ratifizierung der neuen türkischen Verfassung von 1961 erhielt jeder türkische Bürger die Reisefreiheit. Diese wichtige Neuerung sowie in Deutschland die Errichtung der Berliner Mauer und der Druck der Gewerkschaften, zur Bekämpfung des illegalen Wettbewerbs gleiche Arbeitsverträge mit Ausländern zu schließen, bewirkten auf deutscher und türkischer Seite politische und administrative Eingriffe. Um die Arbeitslosigkeit möglichst zu beseitigen, sah der erste türkische Fünfjahresplan u. a. »die Ausfuhr unbeschäftigter, unqualifizierter Arbeitskräfte« vor. Dies führte zum deutsch-türkischen Arbeitsvermittlungsabkommen vom Oktober 1961. Im Unterschied zu der bisher angewandten privaten Vermittlung schalteten



sich nun auf beiden Seiten staatliche Instanzen ein. So richtete die Bundesanstalt für Arbeit eine Verbindungsstelle in Istanbul ein, die wiederum mit dem türkischen Arbeitsamt eng zusammenarbeitete. Die Ausschreibung offener Stellen in der ganzen Türkei, die Anfertigung offizieller Wartelisten, medizinische Untersuchungen, der Transport der Bewerber per Bahn und Flugzeug wurden mit Hilfe eines deutsch-türkischen Beamtenstabs verwirklicht. Neben dieser Form der »anonymen Anwerbung«, die praktisch keinem Kandidaten die Auswahl des Arbeitsortes oder der Arbeit selbst ermöglichte, blieb als zweiter Weg die »namentliche Aufforderung« weiterhin offen.

An dieser früheren Auswanderung beteiligten sich wegen des Rotationsprinzips fast ausschließlich Männer, die in Wohnheimen untergebracht wurden. Die Mehrzahl der Türken, darunter ein erheblicher Prozentsatz halb-qualifizierter Arbeitnehmer, wurde vorwiegend in der Metallindustrie, im Baugewerbe, im Bergbau und im Handwerk beschäftigt.

Zu dieser Zeit unternahm die Türkei die ersten Schritte, um Mitglied der EG zu werden. Dank der tatkräftigen Unterstützung durch die Bundesrepublik konnte die Türkei 1963 einen Assoziierungsvertrag unterschreiben, der – nach einer maximal zwölfjährigen Vorbereitungszeit – die Integration des Landes in den gemeinsamen Markt in drei Phasen vorsah.

Aufgrund des deutsch-türkischen Abkommens wurden Beratungsstellen für die Türken in der Bundesrepublik eingerichtet. Diese Aufgabe übernahm die »Arbeiterwohlfahrt«, die in Bonn und in anderen Ballungszentren das deutsch-türkische Beratungsbüro »Türk-Danis« gründete.

Zur selben Zeit führte die türkische Regierung einen Sonderwechsellkurs für Träger des »Arbeiterpasses« ein, um den sich rasch ausweitenden schwarzen Devisenmarkt in der Bundesrepublik einzudämmen. Diese Maßnahme hatte zur Folge, daß die Türken ihre Ersparnisse aus der Bundesrepublik verstärkt in die Heimat überwiesen. Bereits 1964 erreichte die jährliche Summe dieser Überweisungen 45 Millionen DM.

Gleichzeitig bildeten sich in dieser Phase die ersten kulturellen und sozialen

türkischen Vereinigungen. Dank der pluralistischen Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik wurden diese Vereine auch von staatlichen Stellen finanziell unterstützt. 1963 gab es bereits 20 solcher Vereine, 1974 wuchs ihre Zahl auf 172, und 1980 registrierte man in der Bundesrepublik 573 türkische Vereine.

Innerhalb dieser Phase erlebte die westdeutsche Wirtschaft 1966/67 eine partielle Rezession, die vor allem die Metall- und die Autoindustrie traf. Im Winter 1967 wurden etwa 70 000 türkische Arbeiter entlassen. Doch entgegen allen Erwartungen kehrte nur ein Bruchteil von ihnen in die Heimat zurück. Die große Mehrheit versuchte die Krise mit Hilfe der Solidarität von Landsleuten zu überbrücken, nahm Zuflucht bei Türken, die Arbeit hatten, oder versuchte ihr Glück in den Nachbarstaaten Belgien und Holland. Mit der Krise änderten sich jedoch Bewußtsein und Lebenseinstellung der türkischen Arbeiter in der Bundesrepublik. Sie erkannten allmählich den Sinn und die Aufgaben von Gewerkschaften, die Arbeitslosenversicherung gewann an Bedeutung. Viele türkische Arbeiter wurden zu dieser Zeit Gewerkschafter, und auch der Deutsche Gewerkschaftsbund begann sich nunmehr intensiv mit den türkischen Arbeitern zu beschäftigen. Gewerkschaftszeitungen in türkischer Sprache wurden von deutschen Gewerkschaften finanziell unterstützt und herausgegeben. Die Diskussion über das Thema »Sind Gastarbeiter Konjunkturpuffer?« nahm an Umfang zu.

Integration und Anwerbungsstopps 1972 bis 1975

In dieser Phase vollzogen sich wichtige Entwicklungen in der Bundesrepublik und in der Türkei im Hinblick auf das Ziel der Wanderungsbewegung. Während bislang die Auffassung vorgeherrscht hatte, ausländische Arbeitnehmer nur vorübergehend einzustellen, rückte nun unter der Anregung verschiedener Interessengruppen die Idee der Integration in den Vordergrund. Von 1973 an trat in allen europäi-

schen Ländern als Folge der Energiekrise ein Anwerbungsstopp in Kraft, andererseits wurden immer mehr Stimmen laut, die für Ausländer neue soziale Rechte forderten. Unter dem Druck türkischer und deutscher Gewerkschaften wurden zwischen der Bundesrepublik und der Türkei mehrere Regierungsabkommen geschlossen, die den türkischen Arbeitern neue Rechte im Fall von Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit und Geburt sowie einen Anspruch auf Kindergeld einräumten.

Der Anwerbungsstopp – eine Folge vor allem der zunehmenden Arbeitslosigkeit in Deutschland – führte gleichzeitig zu einer Polarisierung in der öffentlichen Diskussion über die Beschäftigung von Ausländern. Zum einen stellten z. B. Organisationen wie die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände die These auf, die Infrastruktur der Gemeinden, Schulen, Kindergärten und Krankenhäuser sei überfordert, man müsse daher zum Rotationsprinzip zurückkehren, das allerdings in Wirklichkeit nie streng angewandt worden war. Dagegen setzte sich der Deutsche Gewerkschaftsbund, dem es vor allem um die Bekämpfung der illegalen Einwanderung und der damit verbundenen Senkung der Löhne durch Schwarzarbeit ging, für die völlige Integration ein. Dies wiederum führte zu einer scharfen Kontroverse um das Ausländergesetz von 1965.

Als Ergebnis dieser bundesweiten Diskussion wurden in der Arbeitsmarktpolitik von 1975 an wichtige Maßnahmen getroffen, die sich vor allem auf die türkischen Arbeiter und ihre Familienangehörigen auswirkten. Von April 1975 an führte man einen Zuzugsstopp für Ballungsgebiete ein. Damit wurde

- der weitere Zuzug von ausländischen Arbeitern in überlastete Siedlungsgebiete begrenzt. Unmittelbar betroffen hiervon waren Städte und Kreise, in denen der Anteil der Ausländer an der gesamten Wohnbevölkerung rd. 12 Prozent und mehr betrug. Darüber hinaus konnte
- die Arbeitserlaubnis für Familienmitglieder, die nach November 1974 zugezogen waren, verweigert werden.
- Neue Anwerbungen wurden nur zugelassen, wenn der Betreffende eine adäquate Wohnung vorweisen konnte.

Zuerst waren sie willkommen, Unternehmen warben sie an. Dann, als Arbeitsplätze rar wurden, hätte man sie am liebsten nach Hause abgeschoben. Noch immer findet man sie an Arbeitsplätzen, nach denen Deutsche sich nicht drängen (unten). Wie sehr Türken, trotz aller Unsicherheiten, bei uns verwurzelt

sind, vor allem die jungen, die in Deutschland geborenen, zeigt sich daran, wie Rückkehrer in ihrer alten Heimat aufgenommen werden: Man nennt sie »Almanci«, Deutschlinge (ganz unten). Viele von ihnen fühlen sich wie Heimatvertriebene, behalten deutsche Lebensgewohnheiten bei.



□ Der Arbeitgeber mußte eine höhere Gebühr entrichten.

□ Die plötzliche Kündigung eines Arbeitsverhältnisses durch den Arbeitgeber konnte aus »sozialen und humanitären« Gründen verweigert werden.

Mit Ausnahme der letzten Maßnahme riefen diese strengen Restriktionen, die zwei Jahre später aus Gründen der Undurchführbarkeit aufgehoben wurden, Enttäuschung, Verwunderung, Ärger und Unverständnis unter den türkischen Arbeitern hervor. Sie argumentierten: »Die Mehrzahl der schwierigsten und schmutzigsten, der monotonen, gefährlichen und prestigelosen Arbeiten haben zum großen Teil wir ausgeführt, und durch die Mitwirkung tür-

kischer Arbeiter wurde die Entwicklung der deutschen Wirtschaft auf eine neue Ebene gehoben. Und trotz alledem: Hat sich Onkel Hans, der seinerzeit unsere Neuankömmlinge mit herzlichen Sprüchen und Geschenken willkommen hieß, in einen kalten, gefühllosen Partner verwandelt!?»

Wie rigoros diese Maßnahmen wirkten, läßt sich am Abklingen der Zuwanderung ablesen. Während 1973, also vor dem Anwerbestopp, rd. 104000 neue Arbeiter aus der Türkei in die Bundesrepublik kamen, wurde 1975 nur 640 Bewerbern eine erstmalige Arbeitserlaubnis erteilt. Gleichzeitig verschärfte man die strafrechtlichen Bestimmungen gegen illegale Anwerbung.

Trotz dieser Maßnahmen ging der Wunsch nach Auswanderung in die Bundesrepublik nicht zurück. Da die offizielle Warteliste bereits 1971 die Grenze von einer Million überschritten hatte, wählten viele Türken den risikoreichen Weg der illegalen Auswanderung. Dies geschah meist durch Beschaffung eines drei oder sechs Monate gültigen »Touristenpasses«. Wer einen solchen Paß besaß, wurde gewöhnlich durch sozialistische Länder hindurch nach Ost-Berlin gebracht oder ging irgendwo illegal über die Grenze. Eine Untersuchung aus dem Jahr 1975 zeigt, daß in jenen Jahren 42,4 Prozent aller in der Bundesrepublik beschäftigten Türken diesen inoffiziellen Weg eingeschlagen haben.

Dadurch bildete sich eine Unterschicht von türkischen Gastarbeitern, die temporäre Dienstleistungen vor allem in der Bauindustrie und im Gaststättengewerbe gegen geringfügige Bezahlung verrichtete und täglich die Abschiebung zu befürchten hatte. Die Länder Hessen und Rheinland-Pfalz waren die ersten, die diesem Zustand durch einmalige »Duldungsgesetze« ein Ende bereiteten. Am meisten profitierten davon die türkischen Gastarbeiter. Allerdings verstärkte sich unter ihnen die Einsicht, daß in der Bundesrepublik kein Arbeitsplatz mehr zu finden sei.

Parallel zu diesem Meinungsumschwung bei den Auslandstürken beschäftigten sich immer mehr Publizisten, Politiker und Wissenschaftler in der Bundesrepublik mit den Problemen der Gastarbeiter. Sämtliche Aspekte der Diskriminierung, wie schlechte Unterkunft, Verweigerung der Familienzusammenführung usw., wurden in den Medien vorwiegend aus der Sicht der Türken in der Bundesrepublik behandelt. Dabei entstand eine Reihe unbegründeter Klischees, wobei Ballungszentren eine wichtige Rolle spielten.

Selektive Integration 1975 bis 1978

Diese Phase ist vor allem durch eine ambivalente Haltung der türkischen Arbeiter in der Bundesrepublik gekennzeichnet. Der von Rudolf Braun treffend als »Heimkehrerillusion« bezeichnete Wunsch nach Rückkehr in die Heimat blieb innerhalb der türkischen Gemeinschaft lebendig. Eine Umfrage aus dem Jahr 1974 zeigt, daß die meisten Türken damals nicht länger als weitere vier Jahre in der Bundesrepublik bleiben wollten, obwohl 58 Prozent der Befragten bereits fünf Jahre lang in der Bundesrepublik lebten. Damals – und auch heute noch – dominiert bei den türkischen Arbeitern die Absicht, in die Heimat zurückzukehren, aber nicht als Industriearbeiter, sondern als Selbständiger: Man träumt davon, einen eigenen Betrieb zu gründen. Doch damals wie heute zwingt die politische Instabilität in der Heimat, besonders die ungelöste Frage der Arbeitslosigkeit, dazu, diese Absicht zu vertagen.

Als Folge nahm der Wunsch nach Familienzusammenführung zu. Dieser Wunsch wurde u. a. durch ein unterschiedliches Kindergeldsystem verstärkt. Bis 1975 hatte nur knapp die Hälfte verheirateter türkischer Gastarbeiter ihre Familie nachkommen lassen; die übrigen hatten ihre Kinder in der Heimat gelassen. Das Kindergeld, das in die Türkei überwiesen wurde, betrug 1973 für rd. 515000 Kinder 357 Millionen DM. Mit der neuen Steuerregelung wurde von 1975 an für alle in der Bundesrepublik lebenden Kinder ein einheitliches Kindergeldsystem eingeführt, für die im Ausland lebenden Kinder wurde jedoch ein geringerer Betrag gezahlt. So fiel der Wunsch nach Familienzusammenführung mit einem finanziellen Vorteil zusammen, es kam zu regelrechten Baby-Imports, und die Geburtenfreudigkeit stieg. Wie rasch sich dieser Wandel bemerkbar machte, ist wiederum an den Statistiken ersichtlich. 1978/79 betrug der Zuwachs an türkischen Jugendlichen 17,5 Prozent, 1980 waren 40 Prozent der Türken in der Bundesrepublik unter 18 Jahre alt. 1984 erreichte die Zahl der türkischen Jugendlichen in der Bundesrepublik 700000.

Die Konsolidierung brachte auch eine Zunahme der Mischehen mit sich – ein Zeichen für den Wunsch nach Integration. Während 1965 nur 586 Ehen zwischen Deutschen und Türken geschlossen wurden, stieg ihre Zahl zehn Jahre später auf 984 und 1980 auf 3765.

Der stark zunehmende Familiennachzug führte zu einer Reihe von Problemen, die trotz ihrer allgemeinen Natur von der Öffentlichkeit meist als rein türkisch betrachtet wurden. Sie beginnen mit unterschiedlichen Sozialisierungsbedingungen; mit dem Mangel an Plätzen in Kinderkrippen und Kindergärten für die Kinder berufstätiger Mütter; mit der Isolierung und Entfremdung türkischer Hausfrauen; mit Einschulungsschwierigkeiten wegen mangelhafter Sprachkenntnisse; mit der Unfähigkeit der Eltern, Kontakt zur Schule herzustellen und den Kindern bei den Hausaufgaben zu helfen; mit der Diskriminierung türkischer Kinder, die in Sonderschulen abgeschoben werden; mit Kontroversen um experimentelle Schulmodelle, wie sie in Bayern, Berlin und Baden-Württemberg unterschiedlich angewandt werden;

mit Krisen in der Identitätsentwicklung; mit Sonderproblemen der »Späteinsteiger«, d. h. derjenigen Jugendlichen, die nach dem schulpflichtigen Alter oder nahe an dessen Grenze zum erstenmal in die Bundesrepublik einreisen; mit frühem Abbruch des Schulbesuchs usf. Besonders schwer haben und hatten es türkische Jugendliche ohne Sprachkenntnisse und ohne Berufsausbildung. Dabei darf nicht übersehen werden, daß von vielen berufstätigen türkischen Müttern die älteste Tochter zur »Ersatzmutter« gemacht wurde und dadurch jede Möglichkeit eines Schulbesuchs verlor.

Intensive Verbandsaktivität 1978 bis 1983

Die Hauptaufgabe der türkischen Arbeitervereinigungen in den sechziger Jahren war eher die Pflege sozialer Kontakte und kultureller Traditionen der Heimat. Dies änderte sich im Lauf der Jahre stark. Die krasse ideologische Polarisierung und Radikalisierung der späten siebziger Jahre in der Türkei fand auch in der Bundesrepublik ihren Niederschlag. Während die rechtsorientierten Vereinigungen ihre Aktivität auf die Religion konzentrierten, sympathisierten die linksgerichteten mit internationalen militanten Arbeitervereinigungen. Dabei entstanden in der Bundesrepublik radikale Organisationen, die einerseits die fundamentalistisch orientierte Nationale Heilspartei (MSP), andererseits die eindeutig rechtsgerichtete nationalistische Partei, die MHP, in der Türkei unterstützten. Die MHP baute sogar paramilitärische Gruppen, die »Grauen Wölfe«, in einigen deutschen Städten auf. Scharfe Kritik im Bundestag führte schließlich zu einer Auflösung dieser Organisationen, die zum Teil Urheber systematischer Gewaltanwendung waren.

Politische Maßnahmen waren auch die Ursache dafür, daß die Zahl der Asylantträge sprunghaft zunahm. Die Antragsflut erreichte im Mai 1980 ihren Höhepunkt mit knapp 11000 Asylbewerbern, wovon 61 Prozent Türken waren. Dies war vor allem eine Folge des Anwerbestopps von 1973 und der risikoreichen illegalen Ar-

Mit Lebensbedingungen türkischer Gastarbeiter setzt sich Günter Wallraff alias Ali Sigirlioglu in seiner Reportage *GANZ UNTEN* auseinander, 1985 das meistgelesene Buch in der Bundesrepublik.

beitsverhältnisse. Nachdem einige Türken die Verankerung des Asylrechts im Grundgesetz entdeckt hatten, führten sie mit Unterstützung deutscher Anwälte gegen massive Repressionsmaßnahmen in der Heimat Klage. In Wirklichkeit waren die meisten dieser Bewerber Pseudo-Ankläger, deren eigentliche Motivation rein ökonomischer Natur war. Die Einführung des Visumzwangs und eine Änderung der Asylantrags-Verordnung verminderten jedoch die Zahl der Anträge schlagartig. Allerdings wurden diese Maßnahmen von der großen Mehrheit der in der Bundesrepublik lebenden Türken als unverdiente Strafe empfunden, die ihnen die Möglichkeit nahm, öfter Besuch aus der Heimat zu empfangen. Trotz zahlreicher Gegenvorschläge wurden diese einseitigen Maßnahmen bis heute nicht abgeschafft.

Schließlich machte sich in diesem Zeitabschnitt eine offene »Türkenfeindschaft« bemerkbar, die durch das »Heidelberger Manifest« auch eine intellektuelle Basis erhielt. Dieser Haß blieb nicht auf die deutsche Seite beschränkt; er verstärkte bei den Türken das Gefühl des Andersseins und führte darüber hinaus zu dem Bewußtsein einer tiefen Spaltung zwischen Christentum und Islam.

Remigration und Ethnizität

Der Regierungswechsel in der Bundesrepublik führte 1983 zu einer Politik der offenen Förderung von Rückkehrwilligen. Ein Teil der arbeitslosen, desillusionierten türkischen Arbeiter entschloß sich daraufhin, mit der Familie in die Heimat zurückzukehren. Die wichtigste Rolle spielte dabei die Möglichkeit einer Rückerstattung von Rentenbeiträgen. Für die Jahre 1983 bis 1985 wird die Zahl der Rückkehrer auf 150 000 geschätzt. Die meisten Rückkehrer haben ihre Zelte jedoch nicht völlig abgebrochen: Die in der Bundesrepublik ansässige zweite Generation sorgt für den Fortbestand der ökonomischen und sozialen Beziehungen. Allem Anschein nach wird die »Pendlerbewegung« zwischen der Bundesrepublik und der Türkei anhalten. Die Mehrzahl der Rückkehrer hat ihre Ersparnisse in Immobilien oder Familienbe-



triebe investiert. Nur Rückkehrer mit illegalem Status haben einen spürbaren materiellen Verlust erlitten. Die Wiederaanpassung der ersten Generation bereitet in der Regel keine größeren Schwierigkeiten. Diese Türken zählen in der Heimat zu einer neuen sozialen Schicht: Man nennt sie *Alamanyali*, die aus Deutschland Kommoden! Problematischer wird es im Fall der zweiten Generation, die sich nur mit erheblichen Schwierigkeiten an das völlig andere türkische Schulsystem anpassen kann.

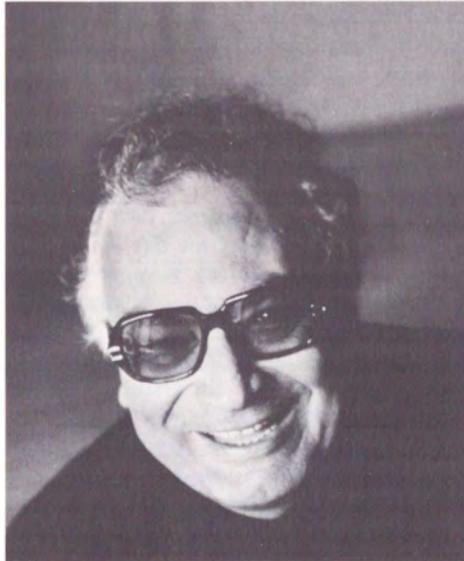
Für die Mehrzahl der in der Bundesrepublik lebenden Türken allerdings ist der Entschluß klar: Man will hier bleiben, ohne sich irgendwelche Zukunftspläne, etwa über die Einbürgerung, zu machen. Dieser Wunsch äußert sich in den Anstrengungen für eine selbständige Erwerbstätigkeit. Türken gründen zunehmend Reisebüros, Änderungsschneidereien, Lebensmittelgeschäfte und Metzgereien. Auch für Bausparverträge – 130 000 im Jahr 1984 – und für Lebensversicherungen besteht großes Interesse. Im Gegensatz zur fortschreitenden wirtschaftlichen Integration hat die berufliche, soziale und politische Integration jedoch immer noch erhebliche Hemmnisse zu überwinden.

Die wichtigste Rückwirkung auf die Heimat haben zweifellos die Ersparnisse der Auslandstürken. Zum großen Teil werden diese Gelder in die Heimat überwie-

sen und dort investiert. Diese Überweisungen betragen 1970 bereits 273 Millionen Dollar, stiegen 1980 auf 2 Milliarden Dollar und stehen 1984 bei 1,5 Milliarden Dollar, worin allerdings auch die Überweisungen aus anderen europäischen und arabischen Ländern inbegriffen sind. Wenn auch diese Überweisungen zum Teil die Inflationsrate im Land anheizten, ermöglichten sie dennoch zwei unterschiedliche Investitionsmodelle. Das erste, das vom Landwirtschaftsministerium gefördert wurde, setzte große Hoffnungen auf die »dörflichen Entwicklungsgenossenschaften«. Von 1965 bis 1973 wurden insgesamt knapp 1400 solcher Genossenschaften gegründet. Ihr Ziel war es, mit finanzieller Unterstützung der Auswanderer neue, produktive Projekte für die türkische Landwirtschaft zu erschließen. Leider scheiterte die Mehrzahl der Genossenschaften am Bürokratismus, an mangelnder Erfahrung und miserabler Betriebsführung.

Das zweite Experiment, die Gründung von Kollektivunternehmen in Form von »Arbeitnehmergesellschaften«, hatte als Ziel, im Fall der Rückkehr den Teilnehmern einen Arbeitsplatz zu sichern. Viele Türken wollten auf diese Weise einen Beitrag zur Entwicklung und zur Industrialisierung ihres Heimatortes leisten. Allerdings konnten die bis heute funktionierenden Betriebe nur jedem 13. Aktionär einen Arbeitsplatz schaffen. Zur Zeit produzie-

Yaşar Kemal, geboren 1922 in Anatolien, ist einer der bekanntesten türkischen Schriftsteller in Deutschland. Fünf seiner Romane, darunter MEMED MEIN FALKE, sind auf deutsch erschienen.



Perspektiven für die Zukunft

Drei Viertel aller Auslandstürken leben in der Bundesrepublik. Diese Euro-Türken zeigen am wenigsten Interesse an einer Rückkehr. Aufgrund einer bis heute nicht völlig gelungenen sozialen und politischen Integration führen sie eine Art von Insel-dasein. Bei dieser Entwicklung spielt auch der Wandel vom »temporären Gastarbeiter« zur Verfestigung »ethnischer Minoritäten« eine entscheidende Rolle. Doch es wäre falsch, diese Binnenkolonien als undurchdringbar abzuschreiben: Der türkische *way of life* gleicht eher einer Brücke zu einer langsam voranschreitenden Anpassung. Binnenkolonien schaffen zwar engere Bindungen an Familie, Verwandtschaft und Freunde aus dem Heimatland, sie bieten ein teilweise eigenständiges Versorgungsnetz an, enthalten zahlreiche kulturelle und politische Gruppierungen, dienen schließlich als informeller Treffpunkt. Doch kann man diese Art von Einwanderungskolonien nicht als Getto, als abgeschlossenen nationalen Fremdkörper bezeichnen, der für die umgebende Gesellschaft unzugänglich ist. Vielmehr sind es die angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt und eine gewisse Abgrenzung der Deutschen, die diese Kolonien begünstigen.

Die kulturelle Identitätskrise, die wegen dieser Lebensbedingungen auftritt, kann

ren bereits 100 solcher Gesellschaften mit einer Belegschaft von insgesamt ca. 11 000 Arbeitern und Angestellten, während sich weitere 63 Betriebe mit rd. 8100 Arbeitsplätzen noch im Aufbau befinden. Falsche Standort- und Projektwahl wie realitätsferne Planungsstudien hatten jedoch zur Folge, daß viele dieser Arbeitnehmersgesellschaften in Konkurs gehen mußten. Dennoch konnte sich ein beachtlicher Teil auf dem Markt durchsetzen. Da dieser Versuch fast ausschließlich auf Initiative von Türken in der Bundesrepublik beruht, wurde er von der Bundesregierung durch Kredite unterstützt: Man sah in der Arbeitnehmersgesellschaft ein Mittel zur Wiedereingliederung türkischer Gastarbeiter in ihre Heimat. In ihrer Gesamtheit stellen die Arbeitnehmersgesellschaften ein neues Selbsthilfemodell für die Türkei dar.

Das Bild der Türken in der Bundesrepublik

Die zunehmende Ablehnung von Türken in der Bundesrepublik beruft sich u. a. auf folgende Argumente: Die Türken kommen aus einer fremden Kultur, unterschiedliche Religion und Moral verhindern eine Eingliederung. Die Türken hängen zu stark an ihren Traditionen, die Stellung der türkischen Frau ist die völliger Unterwürfigkeit.

In Wirklichkeit sind dies alles Pauschalurteile, die der Realität nicht entsprechen. Für die Mehrheit der Deutschen ist das Bild der türkischen Frau irgendwo zwischen Türkenwitz und »Tausendundeiner Nacht« angesiedelt. Dabei wird jedoch die Tatsache übersehen, daß sich in der Türkei ein starker, dynamischer Prozeß zugunsten der Emanzipation abspielt, während der Lebensstil im Ausland, bedingt durch die Minoritätensituation und -mentalität, viel stärker durch traditionelles Verhalten bestimmt wird. So paradox es auch klingen mag:

Ohne es zu wollen, bestärkt die demokratische Grundordnung der deutschen Gesellschaft durch die Tolerierung, ja zum Teil Förderung obskurer orthodox-religiöser Organisationen die traditionelle Abhängigkeit der türkischen Frau.

natürlich nur von den Einwanderern selbst überwunden werden. Dafür ist allerdings der Abbau von Vorurteilen, eines expliziten Türkenhasses, eines neuen Rassismus unabdingbar.

Eine angemessene, auf kulturellen Pluralismus ausgerichtete Bildungspolitik in der Bundesrepublik, die Gewährung politischer Rechte auf kommunaler Ebene und ein abgesicherter Aufenthalt, gepaart mit einer aktiven Aufnahmebereitschaft gegenüber den potentiellen »Bindestrich-Deutschen« könnte ein fruchtbarer Weg zu gegenseitigem Verständnis und gegenseitiger Achtung sein.

Ein multikulturelles und multinationales Europa ist kein Wunschtraum mehr – es ist eine Realität geworden, die mit allen ihren Sonnen- und Schattenseiten geplant und entwickelt werden muß.

Zu diesem Thema

In diesem Band:

Bade, Deutsche im Ausland Ausländer in Deutschland
Tibi, Islam

In den anderen Bänden:

2: Kimminich, Asylrecht
Kühn, Ausländer

In anderen Werken:

Abadan-Unat, Nermin (Hg.) Die Frau in der türkischen Gesellschaft, 1985
Birkenfeld, Helmut (Hg.) Gastarbeiterkinder aus der Türkei, 1982
Bredemeier, Willi/Hofmann, Roland/Sen, Faruk: Zwischen Integration und Rückwanderung, 1983
Elsas, Christoph (Hg.) Identität. Veränderungen kultureller Eigenarten im Zusammenleben von Türken und Deutschen, 1983
Hoffmann, Barbara/Opperskalski, Michael/Solmaz, Erden: Graue Wölfe, Koranschulen, Idealistenvereine, 1981
Holtbrügge, Heiner: Türkische Familien in der Bundesrepublik Deutschland, 2. Aufl. 1981
Meier-Braun, Karl Heinz/Pazarkaya, Yüksel (Hg.): Die Türken, 1983
Sen, Faruk: Die Türkei, 1985
Sen, Faruk: Türkische Arbeitnehmerschaften, 2. erw. Aufl. 1983
Weische-Alexa, Pia: Sozial-kulturelle Probleme junger Türkinnen in der Bundesrepublik Deutschland, 4. Aufl. 1982

EGON BAHR

Deutschland-, Ost- und Entspannungspolitik

Das, was heute Deutschlandpolitik genannt wird, hat seinen Ursprung in der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches am Ende des verlorenen Krieges. Keine Bemühung seither hat die Verluste wiedergutmachen und die Ergebnisse des Krieges revidieren können. Vorher gab es »deutsche« Politik nach Ost und West, danach, bis zur Gegenwart, ist »Deutschland«-Politik die gedankliche Klammer für die Teilung und die Umschreibung der unterschiedlichen Politik zweier voneinander unabhängiger deutscher Staaten geworden, die füreinander nicht Ausland sind.

Der unveränderte Rahmen

Mit der bedingungslosen Kapitulation ging die Souveränität des Reiches auf die Siegermächte über. Nach und nach erhielten die Besiegten Rechte zurück, zunächst auf lokaler Ebene, dann in den Ländern, danach für die beiden Staaten; einen Friedensvertrag gibt es nicht; die vier Siegermächte haben sich bis zum heutigen Tag Rechte in bezug auf Deutschland als Ganzes und Berlin vorbehalten. Die Einteilung Deutschlands in Besatzungszonen, wie sie 1944 von den beauftragten Botschaftern in London vorgenommen wurde, hat sich als äußerst stabil erwiesen: Als sich Bundeskanzler Brandt und der Vorsitzende des Ministerrats der Deutschen Demokratischen Republik Stoph 1970 in Erfurt trafen, geschah das in einer Stadt, die die Amerikaner besetzt und aus der sie sich zurückgezogen hatten, während Berlin – von den Russen erobert, aber von Streitkräften der drei Westmächte besetzt – ein Sondergebiet blieb. Das wirkte bis zu jenem Viermächte-Abkommen 1972, das die vier Botschafter durch ihre Unterschrift ohne die direkte Mitwirkung der Deutschen in Kraft setzten.

Und als die beiden deutschen Staaten sich um die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen bemühten, haben sie in einem Brief, den die Bundesregierung an die drei Westmächte, die Deutsche Demokratische Republik an die Sowjetunion richtete, erklärt, daß »die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte und die

entsprechenden diesbezüglichen vierseitigen Vereinbarungen, Beschlüsse und Praktiken durch den zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik abgeschlossenen Grundvertrag nicht berührt werden können«.

Niemand darf vergessen, daß die deutsche Teilung ein Ergebnis des verlorenen Krieges und des Kalten Krieges ist und daß die beiden deutschen Staaten, insoweit ohne Vergleich mit allen anderen Staaten der Welt, in ihrer vollen Souveränität begrenzt geblieben sind und ihre völkerrechtliche Klammer in den Resten der Siegerrechte finden. Das alles bildet den Hintergrund, wenn man heute von »Deutschland«-Politik spricht.

Bis zur Gründung der beiden Staaten

1945 war davon noch nicht die Rede. Damals konnte man noch hoffen, daß die Einteilung in Besatzungszonen zeitweilig bleiben würde und die Sieger Deutschland als eine Einheit verwalten würden. Jakob Kaiser, Vorsitzender der CDU in Berlin und in der sowjetisch besetzten Zone, später erster Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, sah Deutschland in einer Brückenfunktion zwischen Ost und West, sprach von einem christlichen Sozialismus, auch aus der Sorge vor der dauerhaften Zerreißung.

Die Kommunistische Partei, gedeckt durch die Sowjetunion, verfolgte die Absicht, sich mit der SPD zu verschmelzen, um dadurch der entscheidende innenpolitische Faktor in allen vier Besatzungszonen zu werden.

Niemand kann sagen, wie in diesem Fall die Geschichte verlaufen wäre. Kurt Schumacher, Vorsitzender der SPD, lehnte das mit der Begründung ab, daß die Kommunisten Befehlsempfänger Moskaus seien. Die Kommunisten konnten sich deshalb nur in der sowjetisch besetzten Zone und in Ost-Berlin durchsetzen. Sie bildeten im April 1946 die SED.

Wirtschaftliche Gründe ebenso wie der beginnende Kalte Krieg führten zum Zusammenschluß der drei Westzonen und

schließlich zur Bildung der Bundesrepublik Deutschland, gefolgt von der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik 1949. Zwei Gesichtspunkte standen am Anfang der Bundesrepublik:

1. Sie ist provisorisch; sie soll nur ein Übergangsstadium zur Wiedervereinigung Deutschlands sein. Sie gab sich also auch »nur« ein »Grundgesetz« und keine »Verfassung«.

2. Sie ist der demokratische Kernstaat, d. h., sie spricht für diejenigen in der sowjetischen Besatzungszone mit, die nicht die Freiheit haben mitzuwirken. Das wurde zur Aufgabe der Bundesrepublik ausgeformt, ihr System auf die sowjetische Besatzungszone auszudehnen oder sie anzuschließen.

Im Herbst 1949 fand ein erbitterter, heute nur noch komisch wirkender Streit darüber statt, ob die Hauptstadt der Bundesrepublik nach Frankfurt oder nach Bonn verlegt werden solle. Daß Bonn »vorläufiger« sein würde als Frankfurt und billiger, was die unumgänglichen Neubauten anging, entschied das knappe Ergebnis. Als die KPD als ersten Antrag im Deutschen Bundestag die Forderung einbrachte, die Bundeshauptstadt nach Berlin zu verlegen, wurde das sofort als typisch kommunistische Böswilligkeit erkannt und abgelehnt. Gerechterweise muß hinzugefügt werden, daß sich Kommunisten hier oder in Ost-Berlin heute auch nur schwer an diesen Antrag erinnern und ihn nicht wiederholen würden.

Im Grunde bedeutete der 1949 eingeschlagene Weg den Vorrang der Freiheit vor der Nation. Keine wesentliche politische Kraft hat damals dahin gewirkt, lieber auf staatliche Rechte zu verzichten und damit die Wiedervereinigung zu erleichtern. Konrad Adenauer hat die Sicherung des freien Reststaates immer für wichtiger gehalten als die Einheit und dementsprechend gehandelt. Er nutzte die zunehmenden Ost-West-Gegensätze, um der Bundesrepublik wachsende Gleichberechtigung zu verschaffen, bis zu dem in einem einsamen Entschluß (schon 1950) formulierten Angebot, wieder deutsche Soldaten aufzustellen.

Das geteilte Deutschland profitierte von den Spannungen zwischen Ost und West und bezahlte für sie – positiv wie negativ.